

Bezugspreise.
Für Halle monatlich drei Mark, vierteljährlich 8.50 Mk., durch die Post monatlich 9.25 Mk., vierteljährlich 24.75 Mk. einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Code-Zeitung eingetragen. Für unvollständig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Redaktion gestattet. Ferner: Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

Naale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die gewöhnliche 11 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Resten die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen in sämtliche Anzeigenblätter. Erscheinungstermin: Sonntag und Montag 1 mal, Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17, Neben-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postfach-Ronto Leipzig Nr. 225 15.

Nr. 429.

Halle, Mittwoch, den 14. September 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Fremdenverkehr und Reich.

Von
Wiel. Kai Magimilian Krauß,

Leiter der Propaganda-Abteilung der Reichszentrale für deutsche Verkehrsverbände.

(Nachdruck verboten.)

Vor dem Kriege war die Pflege und Förderung des Fremdenverkehrs in Deutschland eine Sache, die sich im allgemeinen private gemeinnützige Vereinigungen angelegen sein ließen. Mandatorien brachten sie es auch dahin, daß sich das Interesse der Staatsbehörden, insbesondere der Verkehrsverwaltungen, die ja als Hauptinteressenten am Fremdenverkehr anzupredigen sind, ihren Arbeiten gewandte denn schon sehr bald stellte sich die Erkenntnis ein, daß eine durchgreifende und zielbewußte Förderung des Fremdenverkehrs nicht nur der Mitwirkung der Staatsautorität bedarf, sondern daß sie recht eigentlich im Interesse des Staates gelegen ist. Im Verlauf des Krieges wendete sich das Blatt völlig. Jetzt mußten sich mit einem Male der Staat und seine Organe mit dem Fremdenverkehr befaßten und zwar mehr, als ihnen je lieb war. Denn er lag insbesondere dort, wo die natürlichen Grundlagen für seine Entfaltung vorhanden waren, nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Das Epizentrum der Zwangstationierung der Lebensmittel lag dort durch unerwartet großen Zustrom Fremder bedroht und es galt, vitale Bedürfnisse der anjähigen Bevölkerung mit mandatorisch sehr rückstößigen Ansprüchen der Fremden in Einklang zu bringen. Das war eine unlohe heitere Aufgabe, je mehr sich zeigte, daß wenn man den lästigen Fremdenzujamm einigmaßen kurzzerbunden abbinden wollte, die wirtschaftliche Erziehung nicht nur einzelner Erwerbszweige, sondern ganzer Landesgebiete aufs Schwerste erschüttert werden würde, weil eben gerade der Fremdenverkehr je längere je mehr als eine wichtige, ja durch nichts anderes zu ersetzende Einkommensquelle sich erwies. Dieser fortwährende Kampf mit dem Fremdenverkehr und um ihn, die durch Verhältnisse gezwungene praktische Befähigung mit ihm, die die Ausbreitung eines großen Verkehrsnetzes Bedeutung für den Staat nicht unbedeutlich gewalt.

Was indessen während des Krieges als „Fremdenverkehr“ in die Erziehung trat, das war in der Hauptlage reiner deutscher Binnenverkehr. Wohl war er lebenswichtig für einzelne Gebiete und Länder, nicht aber in dem Sinne, daß durch ihn das deutsche Volkvermögen in seiner Gesamtheit vermehrt worden wäre. Diesen volkswirtschaftlichen Effekt erzeugt allein der Fremdenverkehr, der vom Auslande nach Deutschland herinkommt. Er allein übt einen gleichen Einfluß auf die Zahlungsbilanz des Reiches aus, den nun bisher hauptsächlich als das Ergebnis einer stark entwickelten Exportindustrie anjah. Um welche Summen es sich hier handelt, das zeigt eine Feststellung, die wir dem deutschen Hotelbesitzerverein verdanken. Danach hat der Auslandsfremdenverkehr nur fünf deutscher Städte in den ersten 9 Monaten des Jahres 1920 allein 65 Mill. Mark erbracht, und der Gesamtmarkt aus dem Auslandsfremdenverkehr darf bei vorsichtiger Schätzung für 1920 auf mindestens 9 Milliarden Mark angesetzt werden. Als in Italien Wiederaufbauarbeiten erörtert wurden, prägte der Senator Ferrari den Satz: „Wichtiger als der Wiederaufbau unserer Industrie ist die Wiederbelebung unseres Fremdenverkehrs“. Der Ertrag Italiens aus dem Fremdenverkehr vor dem Krieg wird auf 5-600 Mill. Lire geschätzt. Der Mann wußte also, was er sagte. Wir wollen uns seine Worte nicht zu eigen machen, aber das steht außer Zweifel, daß die Wiedererweckung unseres Auslandsfremdenverkehrs eben so wichtig ist, wie die Entfaltung unseres deutschen Exports.

Daß diese große Aufgabe unter den heutigen Umständen schwerer zu bewältigen ist, durch private und gemeinnützige Organisationen allein bewältigt werden kann, ist klar. Hier muß das Reich eingreifen und vorangehen, denn hier heben in der Tat wichtige Reichsinteressen im Feuer. Um nur gleich auf einen Kernpunkt hinzuweisen: unsere Pögmisere. Sie ist nachdrücklich katastrophal in ihrer Wirkung auf das gesamte Wirtschaftsleben und auf den deutschen Auslandsverkehr im besonderen. Denn wie soll ein solcher Auslandsfremdenverkehr in Deutschland entwickelt werden können, solange dieses große Rudiment jenes Auslandspublikum von Deutschland fernhält, von dem man wünschen muß, daß es in Massen zu uns komme, solange der Ausländer, der den Rest unserer Auslandspropaganda folgt, den langwierigen Beside, ungeschulten Beside. Das Schlimmste durch politische Kontrollen und Schritten schmerzlicher Art während der Reise förmlich darauf hingebachtet wird, zu sagen: „Einmal und nicht wieder!“ Was Passagier und dergleichen in ihrer gegenwärtigen Entartung dem Reichsleben eindringen, muß die Welt in die Hunderttausende geben. Wie sie aber andererseits das Nationalvermögen schädigen, das läßt sich wohl nicht in Millionen ausdrücken. Ganz abgesehen von der kulturpolitischen Schädigung, die Deutschland dadurch erleidet.

Ein Kapitel für sich ist die Statistik des deutschen Fremdenverkehrs, die von ausstößlichen Männern seit Jahr und Tag verweigert gefordert wird. Man hat nichts in der Schweiz, in Desterreich, Belgien ist sie dort sowohl vorhanden, daß aus ihren Ziffern wertvolle Schlüsse gezogen werden können, wie beispielsweise der, daß Deutschland im Wege des Fremdenverkehrs vor dem Kriege viele Millionen an das Ausland abgeben hat. Es ist an der Zeit, daß auch dieses Problem unseres Fremdenverkehrs mit aller Macht angepaßt wird, und zwar von reichswegen.

Wir haben ein ausgezeichnet arbeitendes Reichsamt für Statistik, die schwebendsten Zählungen werden von ihm Jahr um Jahr durchgeführt. Wir wissen, wieviel Schweine, Ziegen und Gänse in Deutschland gezogen werden; jetzt ist es an der Zeit, endlich auch einmal zu erörtern und festzustellen, wieviel fremde Menschen jahraus, jahrein in Deutschland sich aufhalten, woher sie kommen, wie lange sie

Erzbergers Mörder ermittelt!

München, 13. Sept. (Privattelegr.) Der Staatsanwalt in Oppenau hat als Mörder Erzbergers zwei bisherige Einwohner von München ermittelt und jagdet nun nach ihnen. Es handelt sich um den 28jährigen Kaufmann Heinrich Schulz aus Saalfeld a. d. S. und den 27jährigen Studenten Heinrich Tilleßen aus Köln-Lindenthal.

Berlin, 13. September. Unter dem Verdacht der Mittäterschaft mit den Mördern Erzbergers ist hier eine aus einer Witwe mit mehreren Söhnen und einem Sohn, einem früheren Arbeiter, behetzende Familie verhaftet worden. Beide Mörder sind früher Offiziere gewesen und gehörten seinerzeit der Brigade Ehrhardt an.

Weitere Einzelheiten über die Mörder.

Wie jetzt festgestellt wurde, haben die Mörder Erzbergers in München gewohnt und sind von hier aus zur Zeit der Tat nach dem Tatort geflohen. Sie sind geflüchtet und der Staatsanwalt zu Oppenau jagdet deshalb nach dem 20. Juli 1893 in Saalfeld a. d. S. Saale geborenen Kaufmann Heinrich Schulz und dem am 27. November 1894 in Köln-Indenthal geborenen Studenten Heinrich Tilleßen. Die beiden haben seit April 1921 in einem Hause in verlassenen Stadteilen in der Maximilianstraße 33 gewohnt und sich nicht weiter auffällig benommen. Man wurde erst auf sie als vermutliche Täter dadurch aufmerksam, daß der Besitzer des Gasthauses „zum Hirschen“ in Oppenau sich zweier Gäste erinnerte, die unter den hier angegebenen Namen zur Zeit des Mordes bei ihm wohnten und nach der Tat verschwanden. Danach konnte auf Grund der umfangreichen Erhebungen die Personalien sämtlich genau festgestellt werden. Die besonderen Merkmale, das verengerte Ohr bei Schulz und die abnorme Vorenbildung bei Tilleßen, die angegeben werden konnten, führten auf die Mörder Spur der Flüchtigen. Auch die Zeit der schnellsten Abreise der beiden von München - sie meineten sich nicht ab und ließen ihr Gepäck zurück - ist ein schlagernder Beweis für die Täterschaft. In München trafen ein Generalstaatsanwalt und ein Staatsanwalt, sowie ein Landgerichtsrat aus Offenbach und Karlsruhe ein, um die weiteren Erhebungen fortzusetzen. Mit den Mörder Behörden wurden sofort Hausdurchsuchungen in der Wohnung der beiden angestellt, die für die Befragung erhebliches Material lieferten.

Die beiden Mörder trafen vor dem Mordtat auf Erzberger in Berlin ein und nahmen bei der verhafteten Familie Aufenthalt. Sie blieben dann bis zum 6. August und reisten sodann nach Süddeutschland. Kurz vor dem 30. August kamen wieder von ihnen die ersten Gerüchte nach Berlin die den Volkstempel München trugen. Eines der beiden jungen Mädchen aus der Familie wollte am 13. August nach Garmisch-Partenkirchen reisen, wo es von Schulz und Tilleßen ermarktet wurde. Es trat jedoch ein Telegramm von den Männern ein, das mittelste, sie könnten in der angegebenen Zeit nicht in Garmisch-Partenkirchen sein, da sie am 30. August aus Bayern abreiten müßten. Das Mädchen gab sodann ihre Abreise. Man nimmt an, daß die beiden Mörder am 31. August Bayern verlassen haben, da sie ihre Festnahme befürchteten. Sie sind vermutlich ins Ausland geflüchtet. Aus den gefundenen Korrespondenzen geht hervor, daß die Mörder Erzbergers rechtsradikalen Kreisen angehören.

Zur Ermittlung der Mörder Erzbergers berieten die Mörder, daß Schulz eine richtige kaufmännische Lehre durchgemacht, seit Kriegsende aber keine Stellung mehr gehabt habe. Die Martenranke von 1918 bezeichnet einen Oberleutnant Heinrich Tilleßen, der im Jahre 1920 verabschiedet worden ist.

Bei der verhafteten Berliner Familie sind auch die jetzt veröffentlichten und veröffentlichten Bilder der Täter gefunden und beschlagnahmt worden, ebenso einige Korrespondenzen, die die Familienmitglieder betreffen. Die Verhaftungen stellen entschieden in Abrede, von der Abicht der Ermordung Erzbergers gewußt zu haben. Andere ehemalige Angehörige der Brigade Ehrhardt sollen in die Tat verstrickt sein. Verhaftungen sollen bevorstehen.

bleiben, damit berechnet werden kann, wieviel Geld sie im Lande lassen. Wir sind gewiß nicht so glänzend daran, daß uns dies zu wissen überflüssig gleichgültig sein könnte.

Ein weiteres Vokalat lautet: Reichsmittel für die Förderung des Fremdenverkehrs! Ohne bedeutende Mittel läßt sich eine großartige Verkehrsverbesserung nicht bewerkstelligen. Es war eben so zeitgemäß als erfolgreich, daß Reichsverkehrsminister Gröner die Initiative ergreifen hat, einer solchen Propaganda die Wege zu ebnen. Aber nun

sollten auch noch andere Quellen des Reiches sich auftun, damit auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs das geleistet werden kann, was im Interesse des Wiederaufbaues des deutschen Wirtschaftslebens geleistet werden muß. Und da muß auf eine Quelle vor allem hingewiesen werden: Jetzt erhebt das Reich befanntlich eine Reichsmünzsteuer von jedem Fremden, der in einem der Verberberung dienenden Hause absteigt. Dazu wird von den Kommunen eine mindestens gleich hohe kommunale Wohnsteuer erhoben. Es sind viele Millionen, die auf diese Weise den Reichs- und Gemeindefinanzen zufließen, und sie können je nach wohl zu suchen. In München allein schätzt man den Ertrag der Steuer für Reich und Gemeinde auf 12 Millionen! Wenn man nun schon auf diese Weise den Fremdenverkehr ist statistisch dienbar macht, so müßte man doch von reichswegen nicht minder ein Interesse daran haben, durch eine möglichst lebendige Propaganda den gleichen Fremdenverkehr zu steigern, und von den Summen, die man im Wege der Steuer von ihm zieht, einen bestimmten Prozentsatz für diese Propaganda abzugeben. Das ist nicht nur lausmännlich gedacht, sondern auch im Reichsinteresse gebandelt. Der Vorgang würde übrigens auch nicht ohne beträchtliche Vorzüge. Im Reichswirtschaftsrat hat man kürzlich bei der Beratung des Stammeslistenwesens den vortrefflichen Einfall gehabt, von den Ausgaben der Suchmacher und des Totalitators ein Fünftel den Ländern für Zwecke der Propaganda zuzuwenden. Ein ähnliches vernünftiges Verfahren empfiehlt sich bei der Reichsmünzsteuer.

Neu ist all das nicht. Man braucht nur an die finanzielle Förderung der Landwirtschaft durch das Reich zu denken. Eins aber ist notwendig: anzuerkennen, daß unter den heutigen Verhältnissen die Förderung des Fremdenverkehrs durch das Reich mindestens von gleicher Wichtigkeit ist. Dies um mehr, als der Auslandsfremdenverkehr volkswirtschaftlich der Bedeutung der Exportindustrie gleichkommt, überdies aber noch auf landw. und oberwäldl. Wegen uns die Möglichkeit gibt, die durch den Krieg zerrütteten haben der Sympathie, des Verständnis und des Vertrauens neu zu knüpfen.

Die Lage in Bayern.

Die Blätter beschäftigen sich eingehend mit der derzeitigen politischen Lage in Bayern. Laut Münchner Westfalen Nachrichten ist am Mittwoch der Reichsenrat des Landtages zusammengetreten, um sich über die Einberufung des Landtages schuldig zu machen. Die Fraktionen und die Parteiführer werden gleichfalls am Mittwoch Besprechungen abhalten, die die Neubildung der Regierung zum Gegenstand haben.

Die bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zur Regierungssache u. a.: Die beste Lösung, die gefunden werden könnte, wäre die, daß es sehr erwidert wird, einem an ihn beratenden Auf erneuert Folge zu leisten. Auf jeden Fall mußte erwidert werden, daß Gesicht des neuen Kabinetts möglichst wenig zu berühren.

Das wahre Gesicht von Speier.

Die „Frankf. Ztg.“ bringt von vertrauenswürdigem Seite ein ausführliches Tatsachenmaterial, das grell in die Speyerer Vorfälle hineinleuchtet. Das Material, das die Demonstrationsführer seinen Kampf in öffentlicher Ansprache mitgeteilt hat, große Dinge im Werden seien und daß hierbei die Arbeiter von niemandem, auch nicht von den bewährten Führern, Weisungen annehmen dürften, sondern einzig und allein dem Exekutivkomitee zu folgen hätten. „Wir werden“, fuhr er fort, „den andern - ihr wißt, wen ich meine - nicht blindlings folgen, sondern erst berechnen, was sie uns bieten. Ihr dürft aber sicher sein, daß eure Interessen gut gewahrt sind. Im Namen des französischen Stadtkommandanten spreche ich euch volle Anerkennung für eure muster-gültige Haltung aus. Und nun wollen wir ruhig auseinandergehen, um nicht die Gunst der Befragungsbühne zu verlieren.“

Als der Bilderturm am 31. August einstieg, fanden die photographischen Apparate der französischen Offiziere und ihrer Mannen schon längst bereit. Als die Führer der Demonstrationen in die Höhe im und in die Höhe verhaftet wurden, sollen sie gefragt haben: „Wenn einem von uns etwas passiert, könnte der Regierungspräsident seine Koffer packen und über den Rhein gehen.“

Nach dem Sturm auf das Rathaus spendeten die Franzosen freigelegte Augen und Zotten. Wein und Bier, und als einer der Führer aus der Haft in Frankenthal wiederkam, fuhr das Auto im Triumphzuge durch die Straßen und beachte ihn in das französische Stabsgebäude.

Ein Kommentar zu diesen Tatsachen erwidert sich von selbst.

Die Sitzung der Völkerverbundversammlung

begann gestern mit einer längeren Debatte über die Art der Behandlung neuer einlaufender, bei der Zugang nicht vorgesehener Anträge. - Präsident van Karnebeck hat sich vor, daß die Kommission zunächst die Frage prüfen soll, ob diese Anträge auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen. Die Versammlung (sich) sich diesem Vorschlag an. Bei Fortsetzung der Debatte über den Bericht des Rates erwähnte der Australier Bruce die Opfer, die Australien im Weltkrieg gebracht habe. Er begrätzte lebhaft die Washingtoner Konferenz, der Australien sympathisch gegenüberstehe, weil sie die besten Ziele verfolgte, die auch Australien anstrebe,

Der Vertreter Kanadas, Doherty rühmte insbesondere die Verwirklichung des Völkerbundes in dem ihm unterstellten Gebiete. — Nach einer Rede des hiesigen Delegierten Wellington Wood, der im allgemeinen den jüngsten Ausführungen Balfours zustimmte, schloß die Sitzung um 1 Uhr nachmittags.

Der Österreichische Konflikt mit Ungarn vor dem Völkerbunde.

In seiner letzten Sitzung prüfte der Völkerbundrat die österreichische Note, in der der Antrag des ungarischen Vorgehens im Bugeiland das Eingreifen des Völkerbundes verlangt wird. Mit Rücksicht darauf, daß die österreichische Regierung eine ähnliche Note an den Völkerbundrat gerichtet hat, beschloß der Völkerbundrat vorläufig nicht einzugreifen, da überdies der Völkerbundrat in der Ausführung des Vertrages von Trianon besonders zuständig ist. Der österreichische Vertreter P. J. erklärte sich mit dem Beschluß einverstanden und fügte hinzu, daß sich die Regierung vorbereite, von neuem an den Völkerbundrat heranzutreten, falls die Angelegenheit durch die Völkerbundkonferenz nicht völlig gelöst werde.

Ueber den Notenschied zwischen der österreichischen Regierung und dem Völkerbundrat wird mitgeteilt: Am 7. September richtete Graf Mensdorff an den Generalsekretär in Wien ein Schreiben, in dem er auf die Grenzverletzung in Rijecilag und Umgebung hinwies und im Auftrage seiner Regierung auf Grund der Artikel 10, 11 und 17 des Völkerbundespaktes vom Völkerbundrat sofortige Maßnahmen zur Sicherung der österreichischen Integrität gegen jeden Angriff verlangte. Am 10. September teilte der zweite Delegierte Österreichs Pflügl dem Generalsekretär mit, daß die österreichische Regierung sich auf die Völkerbundkonferenz verpflichtet habe, wobei sich die Ausführung des Vertrages von Trianon obliege, und daß die Völkerbundkonferenz eine Note an Ungarn gerichtet habe. Der Völkerbundrat beauftragte die Komitée Jéssis über die Angelegenheit Bericht zu erstatten. Auf Antrag Jéssis richtete der Rat an den Grafen Mensdorff ein Schreiben, das den oben dargelegten Inhalt enthält, der folgendenmaßen lautet: Der Rat wird die Angelegenheit mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen und gern von der österreichischen Regierung die in der zweiten Note angeforderten Mitteilungen entgegennehmen, die die Entscheidung über den einschlägigen Weg ermöglichen sollen.

Die Landtagswahlen in Thüringen.

Das vorläufige Ergebnis des thüringischen Landtagswahlschiffes läßt erkennen, daß eine wesentliche Veränderung der parteipolitischen Machtverhältnisse nicht eingetreten ist. Die Wahlbeteiligung war im ganzen schmaler als bei früheren Wahlen und alle Parteien außer den Kommunisten, die den größten Teil der Unabhängigen zu sich herübergezogen haben, haben gleichmäßig einen Rückgang an Stimmen zu verzeichnen. Am stärksten spiegelte die Rechtsparteien und die Unabhängigen vom Stimmerrückgang getroffen zu sein. Ueber den Kommunisten, für die ja Thüringen selber zu einer Hochburg geworden zu sein scheint, haben die Demokraten verhältnismäßig am besten abgefunden, da sie ihre frühere Wählerstärke ziemlich genau gehalten haben, auch die Wehrvereinsparteien werden ungefähr in früherer Stärke zurückgekehrt. Allen Parteien nach wird also der neue thüringische Landtag vor denselben großen Schwierigkeiten der Regierungsbildung stehen, wie der alte. Dort konnten bekanntlich weder die Rechtsparteien ohne die Demokraten, noch die Antirepublikaner eine tragfähige Mehrheit bilden. Es kam schließlich unter der sehr unzuverlässigen Neutralität der Kommunisten ein demokratisch-fogalischer Ministerium unter Führung des Demokraten Dr. Paulsen zustande, das zurücktreten mußte, als die Regierungsvorlage über die neuen Grundsteuern von den beiden Rechtsparteien und den Kommunisten abgelehnt wurde. Auf die neue Regierungsbildung darf man also gespannt sein.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der thüringischen Landtagswahlen haben insgesamt erhalten: Kommunisten 84.995, U. S. P. D. 109.749, S. P. D. 152.178, Demokraten 36.677, Zentrum 8206, Deutsche Volkspartei 108.719, Deutschnationale 50.739, Landbund 123.686, Christlichdemokratische 4126 Stimmen. Daneben können als gemeldet gelten: Kommunisten 5, Unabhängige 9, Wehrvereinsparteien 12, Demokraten 3, Zentrum keiner, Deutsche Volkspartei 9, Deutschnationale 4, Landbund 10, Wirtschaftspartei keiner.

Der Reichswirtschaftsrat

rat gehen in die Generaldebatte über die neuen Steuererleichterungen ein. Weichmar Schwarz ergriffte zunächst einen Gesamtbericht des Reparationsauschusses über die neuen Steuererleichterungen. Die Einigung beruht auf einem Kompromiß, nach dem die Arbeitsgeber, insbesondere die Landwirtschaft höhere Lasten übernehmen haben. Die Beschlüsse sind einstimmig gefaßt worden. Der neue Antrag Wißell über die Dienstvermittlung der Goldwerte für die Erfüllung der Reparationspflichten wird zunächst nach dem Reparationsauschuss überwiesen. In der dem Laufe vorliegenden Entscheidung Wißell-Silberding heißt es, der vorläufige Reichswirtschaftsrat solle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, mit größter Beschleunigung und vorzüglicher Berücksichtigung der neuen Steuererleichterungen durch die Gesetzgebenden Körperschaften einen Entwurf vorzulegen, durch den die Substanz der Goldwerte ohne Erschütterung der Fundamente der deutschen Produktion, der Erfüllung der Reparationspflichten dienlich gemacht werden kann. Weichmarer Vertreter Wißell: Ungeachtet des neuen riesigen Sturzes der Markt wert hat auch mit den von schwebendenden Aktien als Gesamteinlage des Reiches errechneten 15 Milliarden noch nicht auskommen. Unser Ziel muß schleunigste Steigerung des Ertragsvermögens unserer Wirtschaft sein.

Stadtrat Dumortier-Münchens als Vertreter des Hausbesitzes hält den Antrag Wißell für unannehmbar, da es und in die Lage des russischen Bauern bringen würde, der sein Saatgut verzeht hat. Die steuerliche Erleichterung der Goldwerte nach ihrem gegenwärtigen Goldwert ist allerdings notwendig. — Dauschitz erörtert den Antrag, daß die vom Reich übernommene Verpflichtungen unsere Bestandshöhe nicht übersteigen.

Silberding (Abelsheimer): Um aus unserer schwebeligen Finanzlage herauszukommen, dazu reichen die Steuererleichterungen nicht aus und es muß in die Sachwerte eingegriffen werden.

Sartung (freie Berufe) wendet sich gegen den Antrag Wißell und Abelsheimer (Landwirtschaft), liegt in der Erhaltung der Substanz das einzige Mittel, die Produktionskraft zu steigern. Reiner betont, daß die Landwirtschaft auf dem Boden der im Reichswirtschaftsrat einmütig gefaßten Beschlüsse stehe, aber jede Ertragsberechnung ablehne, die nicht auf gerechter Grundlage erfolge.

Morgen vormittag 10 Uhr: Weiterberatung.

Reichswirtschaftsrat und Steuergesetze.

Der Reichsfinanzminister Dr. Brüning hat sich schon vor Monaten dem Reichswirtschaftsrat auf seinen Wunsch die Zustimmung gegeben, daß er vor der endgültigen Formulierung der neuen Steuergesetze gütlich gehört werden solle. Jetzt liegen die Regierungsentwürfe so weit fertig vor, daß sie dem Reichsrat in den nächsten Tagen unterbreitet werden können. Da ist nun der Reichswirtschaftsrat schleunigst zusammenzutreten, um die Entwürfe noch vorher zu begutachten. Er hat sich demnach grundsätzlich über die zu befolgenden Richtlinien bei dem Gesamtministerium geeinigt. Was solche bezieht: der vorübergehende Festsetzung der Grenzen der Besteuerungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unter Berücksichtigung der gesamten öffentlichen Belastung, Heberfähigkeit und Klarheit der Steuererhebung, gesetzlich normierte Höchststeuergesetze und klare Zuständigkeiten für Reich, Länder und Gemeinden, Beratung und Berücksichtigung der Gesamtinteressen einheitlichen Ganzes, Befreiung der Steuerbelastung derart, daß die Besteuerungsgesetze nicht so sehr in ihrem Bestande angegriffen werden, daß dadurch die Neubildung von Vermögen und damit der Wiedereintritt der Wirtschaft verhindert wird. — Ein Teil dieser Richtlinien kann zweifellos noch bei der demnächstigen parlamentarischen Behandlung der neuen Steuern berücksichtigt werden, bei einem anderen Teil ist das schon beschied nicht möglich, weil ein Nebenabteil über die Gesamtheit der Steuern und ihre Erträge immer noch nicht von der Regierung gegeben werden kann. Besonders beachtlich bleibt aber, daß die Richtlinien des Reichswirtschaftsrates einheitlich aufgestellt sind und eine Steuerfront von Reichshöhe bis Wißell ergibt ist. So liegt diese Einheit auch bei der Durchberatung der einzelnen Entwürfe im Reichswirtschaftsrat halten lassen wird, muß sich schon bald herausstellen.

Internationale Telegraphenkonferenz.

Einem Telegramm aus Nizza zufolge ist die internationale Telegraphenkonferenz dort am 10. September in Anwesenheit der Vertreter folgender Staaten eröffnet worden: Deutschland, Dänemark, Dänzig, Estland, Finnland, England, Litauen, Wemel, Schweden, Norwegen, Rußland und Lettland. Außerdem ist auch die Große Nordische Telegraphen-Gesellschaft in Kopenhagen vertreten. Der letzte Botschaftsminister Paulus eröffnete die Konferenz mit einer Ansprache, in der er die Delegierten der zwölf Staaten, die um die Ostsee und Nordsee einen Kranz bilden, willkommen hieß. Der große, furchtbare Krieg habe alle Bande, die die Staaten und Völker vereinigen, darunter auch die Post- und Telegraphenverbindungen, abgerissen. Jetzt würden allmählich die Verbindungen wieder hergestellt. Die Konferenz habe die Aufgabe, zwischen den Staaten eine regelmäßige Telegraphenverbindung zustande zu bringen. Der Direktor der lettischen Post- und Telegraphenverwaltung Kallits wurde zum Präsidenten der Konferenz gewählt. Es wurde eine Kommission ernannt, die aus den Delegierten Deutschlands, Englands, Rußlands und der Großen Nordischen Telegraphen-Gesellschaft besteht.

Die anarchischen Zustände Westungarns.

Prag, 13. Sept. (Priv.-Tel.). Der Minister des Aeußeren Dr. Benes hat gestern früh an die Völkerbundkonferenz eine Note über die Ereignisse in Westungarn gerichtet. Die Note ist gleichzeitig den Regierungen der Großmächte gesandt worden und wurde auch der rumänischen und der serbischen Regierung mitgeteilt. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die Ereignisse in Westungarn und bemerkt, daß die tschechoslowakische Regierung, ohne sofort unterzusehen zu wollen, was die direkte Verantwortung trifft, mit Recht beunruhigt sei und die Lage für sich als gefährlich halte. Dieser Zustand sei für den europäischen Frieden sehr gefährlich. Die tschechoslowakische Regierung ersucht die Konferenz um Maßnahmen, die den anarchischen Zustand endgültig beseitigen würde, der durch Interventionen bewirkt sei, die der Minister für den Augenblick nicht bei den wahren Namen nennen wolle. Dieser Zustand würde, wenn er sich auch nur um einen einzigen Tag verlängern würde, die schwierige Friedensarbeit noch mehr erschweren. Die tschechoslowakische Regierung hat sich in die westungarischen Angelegenheiten nicht eingemischt und werde dies bei dem gegenwärtigen Stande auch nicht tun, doch dürfe nicht die Ansicht aufkommen, daß derartige Aktionen ohne Furcht vor Strafen unternommen werden könnten. Die Note verweist schließlich, daß die tschechoslowakische Regierung nichts ohne vollkommene Zustimmung der Völkerbundkonferenz und der unmittelbaren Beteiligten unternehmen werde.

Wien, 12. Sept. Marquis della Torretta, der jehige italienische Außenminister und frühere Gesandte in Wien, ist heute vormittag in Wien eingetroffen. Er wurde am Bahnhof vom Bundeskanzler empfangen. Am Nachmittag fand eine Aussprache zwischen den beiden Staatsräten statt, zu der auch der italienische Gesandte in Budapest berufen wurde. Die Zeitungen sind voller Andeutungen, daß namentlich Italien mit aller Entschiedenheit zugunsten Oesterreichs in der Erledigung der westungarischen Frage eingreifen werde. Hierzu sollen zwei Möglichkeiten bestehen. Entweder die Säuberung des Burgenlandes durch italienische Truppen oder die Verhängung der vollständigen Blockade über Ungarn, sowie Einstellung des gesamten Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehrs nach Ungarn, wozu sich die umliegenden Nachbarstaaten beteiligen sollen.

Mittlerweile ist die ungarische Antwort auf die Note des Ententes abgegangen. Die ungarische Regierung erklärt darin, daß sie den Vertrag von Trianon revidieren wolle, verlangt aber weitestgehende Garantien für die finanziellen Verpflichtungen der ungarischen Regierung. Die ungarische Regierung bietet um ein

neues Programm der Entfaltung Westungarns und erklärt sich bereit, daß hierbei Vertreter der österreichischen Regierung mitwirken.

Der Generalfreist in Frankreich.

Wie die Pariser Morgenblätter melden, ist der Generalfreist in der Gegend von Lille ziemlich allgemein zur Durchführung gekommen. Die Zahl der Streifen wird auf 77.000 geschätzt. Auch die Straßenbahnen haben im Laufe des letzten Tages die Arbeit eingestellt. Es wurden zahlreiche Versammlungen abgehalten, die ruhig verliefen. Der Arbeitsminister hat gestern Vertreter der Industriellen Verbände empfangen, wobei die Industriellen dem Minister die wirtschaftliche Lage auseinandersetzen, die es ihnen nicht erlaube, die Lohnherabsetzung von 20 Centimes wieder rückgängig zu machen. Die Unterredung hatte also feinerlei Ergebnis.

Deutsches Reich.

Das Reichsruhr-Tagelager ist durch Verfügung des Generalkommissars in Straßburg auf drei Monate in Glatz-Bochungen veröfent worden. Die Note Fahne meldet den Austritt der AAPP aus der kommunistischen Internationale.

Auslands-Rundschau.

Das unheimliche Ungarn. Wie Reuters hört, hat die Antwort der ungarischen Regierung auf die Note der Völkerbundkonferenz in maßgebenden Kreisen Londons einen ungünstigen Eindruck gemacht. Man habe das Gefühl, daß es notwendig sein werde, durch Gewaltmaßnahmen Ungarn zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen.

Syria Panhard aus der kommunistischen Partei ausgetrieben. Dally Herold meldet den Ausschluß der Syria Panhard aus der kommunistischen Partei.

Die Spanier verlassen Kolumbien. Nach einer Zusammenkunft aus Madrid bestehen die Spanier, wie amtlich gemeldet wird, auf La Oba ohne Verzicht für die Antillen. Die Besetzung des Ortes wurde durch Bezeichnung durch Kriegsschiffe vorbereitet. Es wurde eine große Deute gemacht. Auch hatten die Eingeborenen zahlreiche Tote und Verwundete. Es scheint, daß die spanischen Truppen weiter fiesig vorrücken. Die Spanier besetzen Madrid.

Schwedische Verluste auf der griechischen und auf der türkischen Seite. Nach einer Timesmeldung aus Konstantinopel sollen während der Schlacht am Salaria die Griechen 18.000 Mann und die Türken 12.000 Mann verloren haben.

Halle und Umgebung.

Halle, den 14. September 1921.

Elektrische Zugverbindungen.

Die elektrische Zugverbindungsanlage auf der Gützkow-Station — Schönefeld wurde am 27. Januar d. J. in Betrieb genommen. Die Inbetriebnahme der elektrischen Zugverbindungsanlage auf dem Strecken Magdeburg — Bitterfeld — Leipzig und Leipzig — Halle wird voraussichtlich innerhalb der nächsten 6 Monate abschlußmäßig erfolgen. Zu nächst wird der Streckenabschnitt Leipzig — Bitterfeld am 22. September d. J. unter Spannung gesetzt werden. Die Termine für die Inbetriebnahme weiterer Streckenabschnitte werden rechtzeitig bekanntgegeben werden. Die über den Gleisen laufenden Fahrleistungen führen hochgepumpten Strom von 15.000 Volt, auf den Gleisen der Tragwerke längs der Bahnlänge verlaufenden Speiseleitungen führen Strom von 60.000 Volt Spannung. Wegen dieser hohen elektrischen Spannung ist eine Verührung der spannungsführenden Leitungen, auch mit irgend welchen anderen Gegenständen, unbedingt zu vermeiden.

Wie Rücksicht auf die große Lebensgefahr, welche für die aus hochgepumpten Stromwerken befindlichen Personen besteht, sind auch über alle Fahrwege, die den Bahndienst in Schönefeld kreuzen, Arbeitsstellen mit einer freien Durchfahrtsbreite von 4,30 Meter aufgestellt worden. Hierüber sollen die Wagenführer auf der Gefahr der Verletzung und zugleich auf die zu lösende Aufgabe aufmerksam gemacht werden. Selbstverständlich ist bei dem Bau der gesamten Anlage und bei elektrischen Vorarbeiten die größte Sorgfalt zu verwenden, daß die geringste Gefahr besteht.

Die diesjährige Ferienkolonie des I. Schreibervereins Halle-Süd.

Gleich den Vorjahren hielt auch in diesem Jahre der Velt-Schreiberverein Halle-Süd in seiner am 2. September begonnenen Gartenanlage eine Ferienkolonie ab. Arme, krankliche und schwächliche Kinder, deren ein Viertel auf dem Lande verpflegt ist, werden nach vorheriger Untersuchung durch den Schularzt vom Jugendamt dem Verein überwiesen, um die Sommerferien in gesunder frischer Luft, frei von den Gefahren der Straße zu verbringen.

Gewaltig war der Anhang der Kinder, die sich am ersten Tage zur Aufnahme meldeten, und mit ihremlichen Gefühl mußten viele der Kinder zurückgeschickt werden, weil die Räume und sonstigen Reichhaltigkeit ein Mehr als 300 Kinder nicht gestattete. Wir schildern nachstehend den Verlauf eines Tages in der Ferienkolonie: Zunächst wird ¼ Liter guter Holzwass, die den Kindern am Frühstück freigestellt, dann Spiel und Gesang, bis die Mittagszeit nahe und der Tisch gedeckt wird. Es wird abwechselnd Gemüse oder Süßspeisen mit Kartoffeln und Fleisch — im Vereinspaule zubereitet — gereicht. Nach einer wohlwollenden Mittagspause wird das Spiel fortgesetzt, bis es gegen 4 Uhr Mittagszeit mit Spielen oder Kofen mit Ausbreiten geht. Freuden bewegt letzten die Kinder ausends gegen 7 Uhr beim zu Eltern und Geschwistern, um hier ihrer Freude Ausdruck zu geben, wie schon es in der Ferienkolonie ist. Dies wiederholt sich in den 4 Wochen zur allseitigen Zufriedenheit, was auch durch die häufige Anwesenheit zahlreicher Mütter, die sich persönlich überzeugen wollen, bestätigt wird.

Die verhältnismäßig Lager der Woche wurden Belegungen, Ausflüge nach der Heide, der Waldenfeld und nach dem Zoologischen Garten veranstaltet, aber es wurde eine Dampfbohrer auf der Gasse abgehalten. Immer und immer konnte man den freudigen Auswurf vernahmen: „Heute war es mal wieder wunderbar.“ Auch wurde täglich fleißig an Reigen und Gängen geübt, die zum Wohlgefühl der Kinder einen wichtigen Teil bilden. So reichlich die Tage in hundert Wechsel bis der Abschied und das damit verbundene Abschiedsleben nach.

Festlich gefeiert haben die Kinder zum letzten Male in diesem Jahre zum Spielplatz der Schreiberkolonie, um hier ihren Dank durch Vortragen von Gedichten oder Theaterstücken zu bezeugen. Bei Kofen und freudigen Augen, bei Kofen der Schreiberkolonie, zum noch mehrmals wiederholtem Abschied, wurde noch einer Ansprache an die Bestimmung wurde die diesjährige Ferienkolonie geschlossen. Alle Ferienkolonisten wurden dann

Sport der „Saale-Zeitung“.

Voransagen für Dortmund.
Mittwoch, den 14. September.

1. N. Gehlt Wöhlingshofen - Staff Siffman; 2. R. Rosen-
arten - Oppman; 3. R. Rosen - Charlotte II.; 4. R. Orlus
- Grajona; 5. R. Staff Weinberg - Ractalmann; 6. R. Ri-
cardo - Gehlt Wöhlingshofen; 7. R. Osmane - Altes.

Das neue Kennzeichnungsgebot.

In der gestrigen Sitzung des Reichsausschusses stand
das neue Kennzeichnungsgebot zur Verhandlung, das fast be-
weisslos zur Annahme gelang. Es ist die wichtigste Neuerung bringt
das Gesetz die Kennzeichnung der Buchmacher, allerdings unter
seiner Bedingung, seinen stillen Buchmacher veranlassen wird,
den Kennzeichnung nachzukommen. Die Buchmacher müßten von
den Werten 20 Proz. an den Staat abführen.
Auch aus dem öffentlichen Anstalten soll mehr Nutzen ge-
zogen werden. Die bisherigen 167 St. sind auf 30 Proz. zu
steigern, jedoch wohl ohne Rücksicht darauf, daß das
Kennwort durch die neue Steuerlast auf der einen und die Ken-
nzeichnung der Buchmacher auf der anderen Seite eine schwere
Erhöhung ausreicht wird.

Leichtathletik-Programm 1922.

Für die größeren leichtathletischen Veranstaltungen der
Deutschen Leichtathletik-Verbands sind von dieser folgende
Termine festgelegt: 15. März: Frühjahrswahlaufläufe. 2.
April: Deutsche Waldlaufmeisterschaft. 6. Juni: Staff-
läufe. 16. Juni: Bezirksmeisterschaften. 30. Juli: Meisterschaften
der Bundesverbände. 13. August: Werbetag. 19.
und 20. August: Deutsche Meisterschaften. 10. Septem-
ber: Bahnkampfmehrkampf. 1. Oktober: Meisterschaft im
50 Kilometer-Gehen.

Vorprüfung der Polizeigruppe im „Casar“. Verein der
Hunderter (D. C.) e. V. am 11. September 1921 auf dem
Dresdener Jägerrevier an der Hafentrafik in Halle. Leiter
der Prüfung: Ingenieur W. Heine, Halle; Richter: H. Bolle, Leipzig;
Richterassistenten: Polizei-Oberwachmeister Riedfeldt, Halle.
Gemeinde waren 9 Hunde: Rüden zur 2. Hundigkeit, davon
7 Schäferhunde und 2 Mirede-Terrier. Nachsehen des Prüfungs-
ergebnis: 1. Friß u. Kieferlein, Mirede-Terrier, Bel. und
früher Kaminist-Halle. „Sehr gut“ 182 Punkte. 2. Lump u.
Anterlat, Deutscher Schäferhund, Bel. und früher Man-Salle.
„Sehr gut“ 150 Punkte. „Alta u. Rinnau, Mirede-Terrier, Bel. und
früher Pol-Wedderitz, Conrad-Palle, „Gut“, 147 Punkte.
3. „Dora u. Gieselerlein“, Deutscher Schäferhund, Belster und
früher Man-Salle Punkte. 8. „Rolf“, Deutscher Schäferhund,
Bel. und früher Weimerga-Palle, 33 Punkte. 9. „Galar“, Mirede-
Terrier, Bel. Reil, früher Krumme sen., Halle, 22 Punkte.
Die Hunde Nr. 1 bis 4 haben somit ihre Zulassung zur Haupt-
prüfung am 23. Oktober auf der Werderbahn erlangt. Ein
„Vorzüglich“ konnte leider nicht vergeben werden, da sämtliche
Hunde in ihrem Gesamtanfang nicht die erforderliche Punktzahl
erreichten. „Friß u. Kieferlein“ erzielte sehr gut, mochte jedoch
durch seinen laichen Fuß nicht den ihm sonst eigenen Tempera-
mentuellen Eindruck. „Lump u. Anterlat“ zeigte auch kein Bestes,
verlor nur beim Ansehen auf die Spur und beim Springen über
die Höhe mehrere Punkte. „Alta u. Rinnau“ verhielt sich tüchtig
im Leben ein sehr guter Vorzeigehund zu werden, dem früher
wäre vielleicht bei den Übungen etwas mehr Energie zu empfeh-
len. „Mar“, ein temperamentvoller Schäferhund, arbeitete auch
nicht, jedoch ist bei ihm noch tüchtigstes Leben bedingung, um am
23. Oktober mit den „großen Kanonen“ in Konkurrenz treten zu
können. Die anderen Hunde hatten teils ihren schlechten Tag,
teils fehlte ihnen die richtige Beizeiten, um mit konkurrieren zu
können.

Vermischtes.

Der erste Wettkonzern-Prozess in Berlin.

Vor der ersten Ferienfrist hatten sich jetzt geizern in
Berlin die Unternehmer der deutschen Wettbetriebsunter-
nehmen, Abteilung Sportkonzern zu veranlassen, die sich aus
dem Hauptm. A. und B. M. J. zusammenstellten. Wie alle
anderen derartigen Unternehmen hatten diese durch ver-
schobene Krollen geminnbringende Leute zur Vergabe von
großen und kleinen Summen zum Zwecke des Glückes auf
der Rennbahn zu bewegen verstanden. Nach dem Zusammen-
bruch des Sachvertrages ist die der mittlere Fall, denn er
weilt nur ein Defizit von 22 000 Mk. auf. Der Staatsan-
walt wollte derartige Unternehmen als gewerbsmäßiges
Glücksspiel angesehen haben, um dann gegen Wettler wie
Auftraggeber - sie würden sich nach der Beifolge schuldig
machen - vorgehen zu können. Dieser Meinung schloß sich
das Gericht nicht ganz an. Sie hielt nur die Wettler und deren
Helferscheider des gewerbsmäßigen Glücksspiels schuldig und
verurteilte den Kesse und Weigel zu je 50 000 Mk. Geld-
strafe evtl. ein Jahr Gefängnis, H. Motes zu drei Mona-
ten Gefängnis und 10 000 Mk. Geldstrafe und B. Motes zu
1000 Mk. Geldstrafe.

48 000 halberzeugerte, halbnaakte Kinder. Nach einer
Zählung aus Riga wurden 48 000 halber-
zeugerte, halbnaakte Kinder, die aus der Wolga-
gegend kommen, in Izhmabinsk gesammelt; sie werden nach
Sibirien transportiert.

Eintritt einer Kirchenglocke. Heute früh ist die Dede
der Kirche St. Anna zu Rostockberg (bei Brüssel) ein-
geklirrt. Eine Dame und zwei kleine Mädchen wurden
getötet, deren Mütter schwer verletzt nach dem Lazarett ge-
bracht, wo sie bald nach ihrer Ankunft verstarb. Man
nimmt an, daß der Eintritt eine Folge des Orkans ist,
der diese Nacht über Brüssel gemüht und viel Schaden ange-
richtet hat.

Der Dampfer „Weschna“ gesunken. Der Dampfer „Weschna“
der Sapag, der kürzlich nach England abgefertigt wurde,
ist an der englischen Küste auf einen Felsen gelaufen und ge-
sunken. Die Mannschaft wurde gerettet.

Die Telefon- und Telegraphenverbindungen am Rdn
gebrochen. Das Rdn Telegraphenamt teilt mit: Die telepho-
nischen und telegraphischen Verbindungen nach allen Richtungen
sind durch den gestrigen Sturm zum Teil zerbrochen. Der Verkehr
ist erheblichen Verzögerungen unterworfen.

Breslauer Herbstmesse. Der große Ausbruch der Bres-
lauer Messe-Gesellschaft hat einstimmig beschlossen, die
wöchentliche Herbstjahrmesse in der Zeit vom 19. bis
23. März und die Herbstmesse in der ersten Septemberwoche
1922 abzuhalten. Der Plan der Errichtung einer neuen
Halle soll demnächst gefördert werden, daß die Halle bis zur

Frühjahrmesse fertiggestellt ist und daß es dann möglich sein
wird, den zahlreichen Ausstellern, die bei den letzten Messen
immer abgewiesen werden mußten, Plätze zuzuwenden. In-
folge dessen wird voraussichtlich auf die Zahl der Gruppen
eine erhebliche Erweiterung erfahren können.

Ein großes Warenlager niedergebrannt. In Kirchberg
i. S. ist ein Schuppen der Ludwigs C. G. Wolf sen., der
ein großes Warenlager enthielt, infolge von Selbstentzündung
samt Inhalt vollständig niedergebrannt. Der Schaden
beträgt mehrere Millionen Mark, ist aber durch
Versicherung gedeckt.

Zugunfall. Aus Würzburg berichtet uns ein
Telegramm: Ein Güterzug überfuhr Montag abend 7 1/2 Uhr
in der Station Rottendorf bei Würzburg das Gasfahrrad und fuhr
dem von Würzburg kommenden Schnellzug in die Flanke. Zwei
Schnellzugswagen wurden aus dem Gleis gefeuldet. Der
Schnellzugsführer des Schnellzuges erlitt leichte Verletzungen.
Sonstige Personenschäden sind nicht bekannt geworden.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung“.

Die bayerische Regierungsbildung.

München, 13. September. (Eigene Drahtnachricht.)
Heber die neue Regierungsbildung kann zur Zeit ange-
nommen werden, daß eine bürgerliche Koalition zustande
kommt, die selbst wenn die Mittelpartei nicht mehr daran
teilnimmt, sich noch auf eine kleine Mehrheit im Landtag
stützen könnte. Da die Mehrheitsgeheimen an ihren
Eintritt außerordentlich weitgehende Bedingungen
knüpfen würden, ist mit einem solchen wohl kaum zu rechnen.
Andererseits würde die Teilnahme der Mittelpartei ange-
sichts der Haltung der sozialistischen Parteien eine außer-
ordentlich schwere Belastung des neuen Ministeriums be-
deuten. Die bürgerlichen Parteien haben sich hinsichtlich der
demokratischen jüdischen Presse in hohen Tönen das
Sob von Kraits geäußert und den Wunsch Ausdruck ge-
geben, daß er zurückberufen werden müßte.

Auszahlung der Gehaltszulagen für Volksschullehrer.

Berlin, 14. September. (Eigene Drahtnachricht.) Wie
die „Dona“ am zuständigen Stelle erfährt, ist die Verfügung des
Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über die nach
der Verordnung vom 2. September 1921 den Volksschullehrern
- und -lehrerinnen zu zahlenden Zulagen zum Grundgehalt
auf nunmehr erlassen und wird nach erfolgter Durchzahlung sofort
an die Regierungen abgeleitet werden. Dem Erlaß sind Tabellen
beigefügt, an denen die Gehaltszulagen zu sehen sind, wobei die
Kassen eine besondere Anweisung der Schulaufsichtsbehörde je-
weils abgeben können.

Warschauer Zeitungspreise.

Die Warschauer Zeitungen sind im Bezirk, den Preis für eine ein-
zelne Zeitungszahl um 20 Mark zu erhöhen infolge der un-
gewöhnlichen Steigerung des Papierpreises, der gegenwärtig etwa
1 400 000 Mark für einen Wagon beträgt, während er sich beim
Kriegsbeginn auf 200 Mark belief.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Elektrizitätswert Sachsen-Anhalt Akt.-Ges. errichtet bei
Förderstedt eine umfangreiche neue Transformatoren-
station, welche die Gegend von Bitterfeld bis
Magdeburg mit Strom versorgen soll. Auch das Ver-
sehrungsgebiet des Staßfurter Licht- und Kraftwerks wird von
der neuen Station mit Energie gespeist.

Die Generalversammlung der Niederlausitzer Tonwerke
A.-G. Cabell bei Kalau genehmigte den vorliegenden Abschluß
und setzte die sofort zahlbare Dividende auf 12 Proz. fest.
In den Aufsichtsrat sind die Herren Richard Wagner-
Reipzig (Vorstand), Fabrikbesitzer und Stadtrat Richard
Kotter-Kottbus (Heilbr. Forst), Glasfabrikbesitzer Hugo
Krause-Kruppersheim und Handelsrichter Wilhelm Brü-
mann-Reipzig gewählt.

Neugründungen in der Mannheimer Industrie. Mit einem
Kapital von 4 Millionen Mark und dem Sitz Mannheim wurde
die Rheinische Hoch- und Tiefbau A.-G. gegründet.
Zu den Gründern gehört u. a. die Süddeutsche Disconto-Gesell-
schaft. - Ebenfalls mit dem Sitz in Mannheim wurde die
Firma Laurin & Sieber A.-G. Fabrik elektrotechnischer
Apparate mit 0,5 Mill. Mark Grundkapital in das Handels-
register eingetragen.

Neugründungen. Mit 26 Millionen Mark Grundkapital
wurden die belgischen sächsischen Textilfirmen Felix
Frank in Chemnitz, Jöhanna, Wilschmal und Magdeburg-
Reuditz. Ehrig Sachs in Chemnitz und Böhrgen und Aug.
Warchel & Co. in Chemnitz, Beschlus und Diebendorf in
eine Aktiengesellschaft mit der Firma Warchel, Frank,
Sachs A.-G. in Chemnitz eingetragte, deren Kapital aus 18
Mill. Mark zum Nennwerte auszugebende Stammaktien und 8
Mill. Mark mit 103 Proz. auszugebende Vorzugs-
aktien bestehen soll. - Unter der Firma Hermann Sierke
A.-G. in Chemnitz wurde mit 4 Mill. Mark Grund-
kapital eine Aktiengesellschaft errichtet, in deren Aufsichtsrat
gewählt wurden Geh. Kommerzienrat Dr. Jng. Reindert
von der Reindert-Werke und Carl Siems von der Zellfabrik
Stöba.

Verzinsende Preissteigerung für gewählte und gepreßte
Weisfabrikate. Die Preise der im Rdnler Weisfabrikat für
gewählte und gepreßte Weisfabrikate verzinnten Werke sind
in letzter Zeit sehr verschieden gewesen. Die Durchschnittsfor-
derung in lauten heute auf 1050 Mark für 100 Kilogramm hinaus.
Es ist damit zu rechnen, daß auch die Handpreise dements-
prechend erhöht werden.

Benz & Co., Rheinische Automobil- und Motorenfabrik
Akt.-Ges., Mannheim. In der außerordentlichen General-
versammlung wurde die Dividende auf 6 Proz. festgelegt.
Zur Auszahlung von zwei Millionen Mark für ein Ver-
sehrungsamt wurde von Aktionären darauf hingewir-
ten, daß dieser Betrag nach den früheren Erfahrungen
durchaus angemessen sei. Bedauerlich sei allerdings, daß
nächst 147 Millionen Mark für Gehälter, Löhne und soziale
Zwecke usw. die Aktionäre mit der mehr als bescheidenen
Dividende von 6 Proz. zufrieden sein müssen. Man hoffe
und wünsche, daß im nächsten Jahre eine höhere Dividende
zur Auszahlung komme.

Wolau-Werke, Akt.-Ges., Weipzig. Der Aufsichtsrat be-
schloß, die Verteilung einer Dividende von 40 Prozent
(ebenso wie im Vorjahre) für das laufende Geschäftsjahr
in Vorschlag zu bringen. Ferner beantragte er, das Kapital
von 7 1/2 auf 15 Millionen zu erhöhen. Die neuen Aktien
werden den Aktionären im Verhältnis zu 1 zu 1 zum Pari-

lurs plus Stempel und sonstige Kosten zum Besuche ange-
boten.

Die Notizen des Berliner Börsenverkehrs. Gegenwärtig
tauchen vielerlei Pläne auf, die tiefgehenden Einrichtungen an
der Berliner Börse zu verbessern. So schlägt man jetzt vor, nicht
mehr, wie bisher, zwei Marktgruppen mit der Kursfeststellung
zu beauftragen, sondern hier und dort unter Berücksichtigung
aller Umstände einen Markt mit der Feststellung zu betrauen,
damit wie bisher nebeneinander arbeitende Gruppen dann
die doppelte Anzahl Papiere notieren können. Wie jetzt be-
kannt wird, will sich der Börsenvorstand erst Donnerstag mit
den Zuständen an der Berliner Börse befassen und es abzu-
tun. Die Entschlüsse treffen. Im übrigen wird sich die Stemp-
elbereinigung mit der Einleitung von 8 neuen Markt-
feststellungen.

Banknoten.

| | 12. | 12. | 13. | 13. | |
|--------------------------------|--------------|---------|---------|---------|---------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief | |
| Amerikanische | 1000-5 Doll. | 104,45 | 104,75 | 108,10 | 108,40 |
| „ 2 n. 1 Doll. | | 103,35 | 103,65 | 107,85 | 108,15 |
| Belgische | 100 Fr. | 756,50 | 758,70 | 762 | 764 |
| Dänische | 100 Kr. | 1768 | 1772 | 1883 | 1887 |
| Englische | gr. f. 1 £. | 393,25 | 394,25 | 402 | 403 |
| „ gr. f. 1 £ u. Bar. | | 392,25 | 393,25 | 401 | 402 |
| Frankische | 100 Fr. M. | 130,25 | 130,75 | 128,75 | 129,25 |
| „ 100 Fr. M. | | 772 | 774 | 772,50 | 774,50 |
| „ 100 Fr. | | 382,50 | 382,50 | 384,50 | 384,50 |
| „ 100 Str. | | 458,50 | 458,50 | 457 | 458 |
| „ 100 Kr. | | 1308,50 | 1311,50 | 1375 | 1376,50 |
| „ 1000 R. | | | | | |
| „ neue 1000 R. | | 7,50 | 7,75 | 7,45 | 7,65 |
| „ 100 R. | | 8,05 | 8,15 | 7,70 | 7,80 |
| „ 500 R. u. darüber | | 95,30 | 95,80 | 84,40 | 84,50 |
| „ 1000 R. | | 92,40 | 92,60 | | |
| „ 100 R. | | 227,50 | 228,25 | 228,50 | 228,50 |
| „ 100 R. | | 1830,50 | 1834,50 | 1858 | 1862 |
| „ 100 R. | | 1405,50 | 1406,50 | 1388,50 | 1391,50 |
| „ neue 100 R. | | | | | |
| „ 100 R. u. darüber | | 127,25 | 127,75 | 123,65 | 124,15 |
| „ 100 R. | | 126,75 | 126,25 | 123 | 123,50 |

(Wiederholt, da nur in einem Teile der Auflage.)

Produktenbericht.

Berlin, 13. Sept. (Telegramm.) Am Produktionsmarkt
sich bei am Vormittag noch stark sich steigende Kaufkraft für
Getreide nach infolge der Wertschätzung der Devisenkräfte. Die
Weizenpreise hellten sich wesentlich höher als gestern, wenn
auch die außerordentlich hohen Forderungen vielfach nicht be-
wichtigt wurden. Roggen war namentlich aus Sachsen und von
den Nordgebieten begehrt und hellte sich mächtig höher. Winter-
gerste blieb fest, von Sommergerste war wieder milde Brau-
ware begehrt. Daser wurde etwas höher notiert. Die fast
gelegeneren Preisforderungen der Provinz erschweren die Um-
sätze. Weis wurde viel gehandelt, anscheinend kommt auch
Ware, die früher an die Landwirtschaf verkauft wurde, zu
den getragenen Preisen wieder auf den Markt. Mehl war
lebhafte bei erhöhten Preisen. Kleie blieb fest. Desfaaten
maven begehrt und teurer, Hülsenfrüchte waren lebhaft ge-
fragt, besonders Bittorberbieren.

Nichtamtliche Kaufnotierungen.

Berlin, 13. September (Telegramm.) Weizen- und Roggen-
stroh, drahtgepreßt 18-19; Gerststroh, drahtgepreßt 21-23; Stroh
gelteubündel 15-17; Langstroh, drahtgeubündel 18-19; Weizen
gut, gelund und trocken 64-72; Weizen gut und trocken
50-60; Kleehen 61-68. Alles ab Stationen.

Metallnotierungen.

Berlin, 13. Sept. (Telegramm.) Raffinierte-Rupfer 98
bis 99proz. 2600-2625; Drig.-Gittermelchblei 950-970;
Drig.-Gitterrohblei im freien Verkehr 980-980, ab Dsch.
Hütte, Preis des Gitterbleiverbandes 1011; Remetted-Fit-
terzinnt 750-770; Drig.-Gitter-Aluminium 98-99proz. (in
geliebten Wägen) 3750; Drig.-Gitter-Aluminium (in Wag-
draht oder Drahtwaren) 3900; Zinn (Banca, Straits, Anstrat)
6550-6450; Gitterzinnt minifines 99proz. 8150-8200;
Reinmetall 98-99proz. 5400-5500; Antimon 950-975; Sil-
ber in Barren ca. 900 fest für 1 Kg. 1910-1930; Elektro-
lytischer (per 100 Kg.) 2974.

Reinhold Stecker

Bankgeschall gegründet 1855 Halle a. S.
Im Freiverkehr werden folgende Preise genannt. (Ohne Gewähr)

| | gekauft: | angeboten: |
|---|----------|------------|
| Constantin & Gr. Kuxe | 290 000 | |
| Graf Bismarck Kuxe | 290 000 | 205 000 |
| Graf Schwerin Kuxe | 136 000 | 140 000 |
| König Ludwig Kuxe | 265 000 | 275 000 |
| Bruckdorf-Nielsen Kuxe | 50 000 | 54 000 |
| Leontarius Kuxe | 62 000 | 64 000 |
| Michel Kuxe | 63 000 | 65 000 |
| Register Kuxe | 27 000 | |
| Reichs-Ruxe | 42 000 | 44 000 |
| Alexandershall Kuxe | 86 500 | 88 500 |
| Gewerkschaft Barchsch Kuxe | 95 000 | 100 000 |
| Glückauf & Söhne Kuxe | 86 000 | 89 000 |
| Günthershall Kuxe | 8 000 | 27 500 |
| Hansa Silberberg Kuxe | 28 000 | 29 500 |
| Heiligenrode Kuxe | | 80 000 |
| Johannshall Kuxe | 19 000 | 20 000 |
| Neustadt Kuxe | 114 000 | 118 000 |
| Sachsen-Weimer Kuxe | 74 000 | 75 000 |
| Salzünde Kuxe | 29 500 | 30 000 |
| Wintershall Kuxe | 445 000 | 460 000 |
| Adler Kali Aktien | 370 | 390 |
| Halleische Kali Aktien | 410 | 415 |
| Hannover Kali Aktien | 600 | 615 |
| Heidelberg Kali Aktien | | |
| Meiburg Vorkatz Aktien | 435 | 440 |
| Justus Kali Aktien | 385 | 395 |
| Krüggershall Aktien | 490 | 500 |
| Ronnsmberg Aktien | 480 | 500 |
| Saizettlerhall Aktien | 1300 | 1350 |
| Teutonia Kali Aktien | | 490 |
| Benz Aktien | 370 | 375 |
| Meyer-Kaufmann Aktien | 685 | 685 |
| Deutsche Petroleum Aktien | | 1100 |
| Deutsche Südde Phosphat Aktien | 2150 | 2200 |
| Duxer Porzellan Aktien | | |
| Fleider-Brückmann Aktien | 515 | 525 |
| Hansa Lloyd Aktien | 248 | 255 |
| Hochfrequenz | 1100 | 1115 |
| Kabelwerk Kroydt Aktien | 770 | 795 |
| Kaiserliche Werke Aktien | 855 | 865 |
| Nienburger Eisen Aktien | 500 | 510 |
| Phönix Braunkohlen Aktien | 635 | 650 |
| Schleimendahl Aktien | | 900 |
| Fle. Stahl & Co. Aktien | 855 | 865 |
| Stahlwerk Becker Aktien | 525 | 535 |
| R. Wolf Metallurg Aktien | 365 | 375 |
| 5 1/2% Oesterreichische Kriegsanleihe | | |
| 6% Ungar. Kriegsanleihe mit Bestandsrecht | | |

Halle a. S., den 13. September 1921.

Verantwortlich für den reaktionellen Teil: Martin Feustl-
wanger; für den Angelegenheit: A. Rinke. Verlag und
Druck: Saale-Zeitung, G. m. b. H.

